

Wie lässt sich Schülern der Wert von Demokratie vermitteln? Ohne Allgemeinbildung geht es nicht – ein Gastbeitrag

15. Mai 2018

BERLIN. Der Bundespräsident wurde am Wochenende deutlich. "Die Mehrheitsbildung ist komplizierter geworden. Die politische Auseinandersetzung härter, der Ton schroffer. Nicht nur zwischen den Parteien in der Gesellschaft insgesamt. Sogar die Demokratie selbst ist Anfechtungen ausgesetzt", sagte Frank-Walter Steinmeier auf dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes am Sonntag in Berlin. "Eine neue Faszination des Autoritären macht sich breit." Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, "aufzustehen, unsere Werte zu verteidigen".

Die Frage ist allerdings: Wie gelingt das? Eine Schlüsselrolle spielt zweifellos die Bildung. Eine rechtsstaatliche Demokratie ist eine hoch komplexe Staatsform, deren Regeln von jungen Menschen erlernt werden müssen. Doch die Schule, so beklagt der renommierte Psychologe und Bildungswissenschaftler Georg Lind, hat nach PISA ihren Fokus auf die leicht messbaren Kategorien verlegt – zulasten der Demokratie-Erziehung. Was ist zu tun? In einer vierteiligen Reihe auf News4teachers entwirft Lind eine neue Methodik. Im ersten Teil beschrieb er "[Demokratie als moralisches Ideal](#)". Jetzt, in Teil zwei, wird Lind konkret: Ohne Allgemeinbildung geht es nicht, postuliert er.



Der Schrecken der Nazi-Zeit verblasst – und damit auch die Bedeutung rechtsstaatlicher Prinzipien wie der Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten. Hetzen ist wieder salonfähig. Foto: Bundesarchiv, Bild 102-14468 / Georg Pahl / CC-BY-SA 3.0

Demokratie-Erziehung – Teil 2: Demokratie bedarf Allgemeinbildung

Die Wichtigkeit der Allgemeinbildung aller Bürger für die Schaffung und den Erhalt der Demokratie wurde uns bereits von Thomas Jefferson vor Augen geführt, dem Mitautor

der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: "Dies ist die sicherste und legitimste Kraft der Regierung: Bilde und informiere alle Menschen. Befähige sie zu erkennen, dass es in ihrem Interesse ist, Frieden und Ordnung zu bewahren, und sie werden sie bewahren. Und es braucht nicht sehr viel Bildung, um sie zu überzeugen. Sie sind die einzige sichere Grundlage für die Sicherung unserer Freiheit" (Jefferson 1940, meine Übers.).

Auch der französische Politologe Alexis de Tocqueville, der die damals noch junge "Demokratie in Amerika" ausgiebig bereiste und seine Eindrücke 1835 in einem Buch analysierte, hat – neben Gewaltenteilung und zivilem Engagement – die Bildung aller Bürger für den dritten Pfeiler der Demokratie angesehen. Er empfahl der Regierung, alles Geld, das sie erübrigen konnten, für Bildung auszugeben, weil nur so verhindert werden kann, dass die Demokratie in eine Diktatur umschlägt. "Allgemeines Wahlrecht ohne Bildung produziert Mobokratie, nicht Demokratie" (Adler 1982, S. 3). Für Demokratieforscher wie Benjamin Barber (1992) sind Bildung und Demokratie daher "untrennbar verbunden" (S. 9).

Die Einsicht von Jefferson, Tocqueville, Adler und Barber – dass Bildung in erster Linie dazu dient, die Menschen zur Selbstregierung zu befähigen und damit Rassismus, Nationalismus, Bürgerkrieg und Diktatur zu verhindern – prägte die Bildungspolitik der jungen Bundesrepublik nach Zusammenbruch der Nazi-Diktatur. Weil die Bildung im Interesse des demokratischen Gemeinwesens liegt, sollte sie allen Bürger offenstehen und kostenlos sein. Das öffentliche Bildungswesen hat sich als wichtige, vielleicht sogar als die wichtigste Säule unserer Demokratie herausgestellt.

Die gegenwärtige Umwertung der Bildung

Heute scheint diese Einsicht jedoch immer mehr verloren zu gehen. In dem Maß, wie der Schrecken der Nazi-Diktatur verblasst, wird aus der demokratischen Pflicht zur Bildung ein individuelles Recht auf Karrierevorbereitung. Der demokratische Bildungsauftrag der Schule wird heute oft gar nicht mehr erwähnt, wenn es um die Erhaltung der Demokratie geht. Bildung wird heute oft nur noch mittelbar als wichtig für das Schicksal der Demokratie angesehen, indem sie hilft die Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Die Qualität der Bildung wird daher nicht mehr an ihrem Beitrag zum demokratischen Zusammenleben gemessen, sondern an den (vermuteten) Anforderungen der Wirtschaft.

Infolge dieser Umwertung der Bildung wird die Aufgabe der Schule heute oft nur noch darin gesehen, die Lese- und Rechenfähigkeit und das Sachwissen unserer Kinder zu fördern. Wohin das führt, lässt sich an den USA ablesen. Dort hat man bereits vor mehr als fünfzig Jahren angefangen, den Wert des Unterrichts an diesen einfach testbaren Kenntnissen der Schüler zu messen, statt an der Entwicklung ihrer Denk- und Diskussionsfähigkeit. Inzwischen sind Testwerte die Grundlage für die Bewertung von Schülern, Lehrern und Schulen, so dass der Unterricht sich immer mehr an den Vorgaben der Testindustrie ausrichtet statt an den Bedürfnissen der Demokratie. Das Lernen in der Schule wird immer mehr auf die Bereiche beschränkt, die mit einfachen Tests geprüft und sanktioniert werden ("teaching to the test").

Der intensive Einsatz von Straf-bewehrten („high stakes“) Tests, die mit harten Sanktionen für die Schüler und ihre Schulen verbunden sind (Ravitch 2010), und die Privatisierung von Schulen bedrohen die Demokratie als Lebensform (Dewey), ohne dass die Wirtschaft und Wissenschaft davon erkennbar profitiert (Berliner & Glass 2014; Sjoberg 2017). Noch nicht einmal zu besseren Testleistungen hat das 50-jährige Regiment dieser Straf-Tests geführt (Lind 2009; Ravitch 2010; Koretz 2017).

Die Tests, die unter hohem Zeitdruck bearbeitet werden müssen und vielen Menschen Angst einflößen, behindern massiv das Denken der Lernenden und die Diskussion untereinander, und damit die Entwicklung ihrer moralisch-demokratischen Kompetenz. Diese Tests legen apodiktisch fest, was richtig und was falsch ist. Sie erlauben keine Rückfragen und keine Kritik, und sie lassen keine Zeit zum Nachdenken. Am Beispiel einer Mathe-Aufgabe aus den PISA-Tests zeigt Sjöberg (2007), wie "unrealistisch und falsch" viele der Test-Aufgaben sind. "Schüler, die einfach ohne Denken Zahlen in die vorgegebene Formel einsetzen, bekommen den Punkt. Kritischere Schüler, die anfangen nachzudenken, werden jedoch verwirrt und bekommen Probleme!" (S. 217) Diese Tests erlauben auch keine Diskussion zwischen Schülern und Lehrern, wie das in gutem Unterricht möglich ist.

Je mehr diese Tests das Leben der Kinder bestimmen, umso mehr schwinden für sie die Gelegenheiten, in denen sie ihre Moralkompetenz erproben können, und um so mehr bleibt ihre Moralentwicklung zurück. Wer nicht lernen darf, wie man Probleme durch Denken und Diskussion löst, dem bleiben nur Gewalt und Betrug. Wer nicht erfahren konnte, dass man Konflikte durch Dialog lösen kann, betrachtet andere Menschen mit Argwohn und versucht sich vor ihnen durch den Erwerb materiellen Besitzes und durch Unterwerfung unter Führer zu schützen, die ein hartes Vorgehen gegen Menschen mit abweichender Meinung und die Abschaffung der Demokratie versprechen (Adorno et al. 1950).

Wenn Moralkompetenz die Fähigkeit ist, gemäß innerer moralischer Prinzipien zu urteilen und zu handeln (Kohlberg 1964), dann ist Demokratiekompetenz ihre Erweiterung auf die diskursive Auseinandersetzung mit Anderen. Sie ist die Fähigkeit, Probleme und Konflikte nicht nur durch Denken, sondern auch durch Diskussion mit Anderen zu lösen, statt durch Gewalt, Betrug oder Unterwerfung unter Andere.

Geringe Demokratiekompetenz steht, wie psychologische Studien (zum Teil auch experimentell) belegen, in der Tat in einem kausalen Zusammenhang mit Autoritätsgehorsam, Gewalt, Betrug, Vertragsbruch, Vertuschung von Straftaten, Unterlassung von Hilfe, Entscheidungsschwäche, Drogenmissbrauch, ja sogar mit geringer Lernleistung und schlechten Schulnoten in den akademischen Fächern, sowie mit einem geringem Engagement für demokratische Grundwerte. (Für Quellenhinweise siehe Hemmerling 2014; Lind 2015.)

In den nächsten Tagen:

- *Teil 3: Auf Moralkompetenz kommt es an*
- *Teil 4: Welche Methode? (+ Literaturangaben)*

Der Autor



Dr. Georg Lind, emeritierter apl. Professor der Psychologie, forscht und lehrt seit vier Jahrzehnten zur Frage, was Menschen dazu befähigt, Probleme und Konflikte durch Denken und Diskussion zu lösen, und wie man diese Fähigkeit messen und effektiv fördern kann. Er hat den Moral Competence Test (MCT) zur Messung dieser Fähigkeit und auch die Konstanzer Methode



Georg Lind. Foto: Glenda Lind

der Dilemma-Diskussion (KMDD), sowie ein Konzept zur Vermittlung dieser Methoden an Lehrkräfte entwickelt. Seine Methoden werden bereits weltweit eingesetzt, aber noch zu wenig, um die Demokratie nachhaltig zu sichern. Infos zu Literatur, Symposien und Fortbildung finden sich auf seiner Webseite: www.uni-konstanz.de/ag-moral/

Kontakt: georg.lind@uni-konstanz.de
